

# Bundeshuus-Wösch

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **114 (1988)**

Heft 15

PDF erstellt am: **11.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## Geld stinkt

Die St.Galler Kantonalbank will von der «Gruppe Schweiz ohne Armee» nichts wissen und verweigerte ihr die Eröffnung eines Kontos. Nach der Genossenschaftlichen Zentralbank ist dies bereits die zweite Bank, welche den schnöden Mammon von der linken Seite nicht in ihren Tresoren aufbewahren will. Lisette macht sich angesichts dieser Entwicklungen ernsthaft Sorgen um den Bankenplatz Schweiz. Wenn Ständerat Jakob Schönenberger als Präsident der St.Galler Kantonalbank und die anderen Bankpräsidenten bei allen ihren Kunden die gleichen Massstäbe anwendeten, dann müsste wohl manches Konto aufgelöst werden. Aber heute heisst es offensichtlich in St.Gallen: «Pecunia olet» – allerdings mit der kleinen Einschränkung – je nachdem woher es stammt.

## Cottis Träume

In einem längeren Interview mit einer Bieler Zeitung nimmt Bundesrat Flavio Cotti zum Sprachenproblem in der vier-sprachigen Schweiz Stellung. Denken und rechnen tut der Vorsteher des Departements des Innern (EDI) auf italienisch. Und auf die Frage, in welcher Sprache er träume, meinte der Tessiner: «Das weiss ich nicht, wenn ich vom Tessin träume, wahrscheinlich auch italienisch.»

Nicht beantworten musste der Innenminister die Frage, wie er in Sachen AHV-Alter, Sondermüllverwertung, Krankenversicherung, Umweltschutzmassnahmen und anderen brennenden Fragen aus seinem Departement denke. Solche Fragen beantwortet ein Bundesrat nicht italienisch, französisch oder deutsch, sondern politisch. Das heisst: So antworten, dass es alle verstehen und am Schluss bestimmt niemand verärgert ist.

## Stich macht Schrott

Hie und da braucht auch ein Bundesrat ein neues Auto. Aber aufgepasst, im Umgang mit solchen Fahrzeugen kann es einem Mitglied der Landesregierung immer wie-

der passieren, dass es in die Schlagzeilen der Medien gerät. Was Alphons Egli vor zwei Jahren recht, war nun kürzlich Otto Stich nur billig. Auf einer Probefahrt mit seinem neuen Auto rammte ein unvorsichtiger Automobilist den Bundespräsidenten so heftig, dass der 60 000 Franken teure Wagen stark beschädigt worden ist. Ein Glück für die Nation, dass sie einen Bundespräsidenten besitzt, der über eine dicke Elefantenhaut verfügt, denn Otto Stich soll den Unfall unbeschadet überstanden haben.

Wer nun aber den Autounfall des Finanzministers als Omen für die anstehende Finanzreform nehmen will, der muss skeptisch werden. Wenn es der Stichtschen Finanzordnung gleich ergehen sollte wie dem Probewagen, dann haben wir Schweizer wohl noch lange mit dem alten Finanzvehikel umherzufahren. Die rammenden Autos sind in dieser Sache nämlich bereits gestartet, mit Kollisionen ist nächstens zu rechnen.

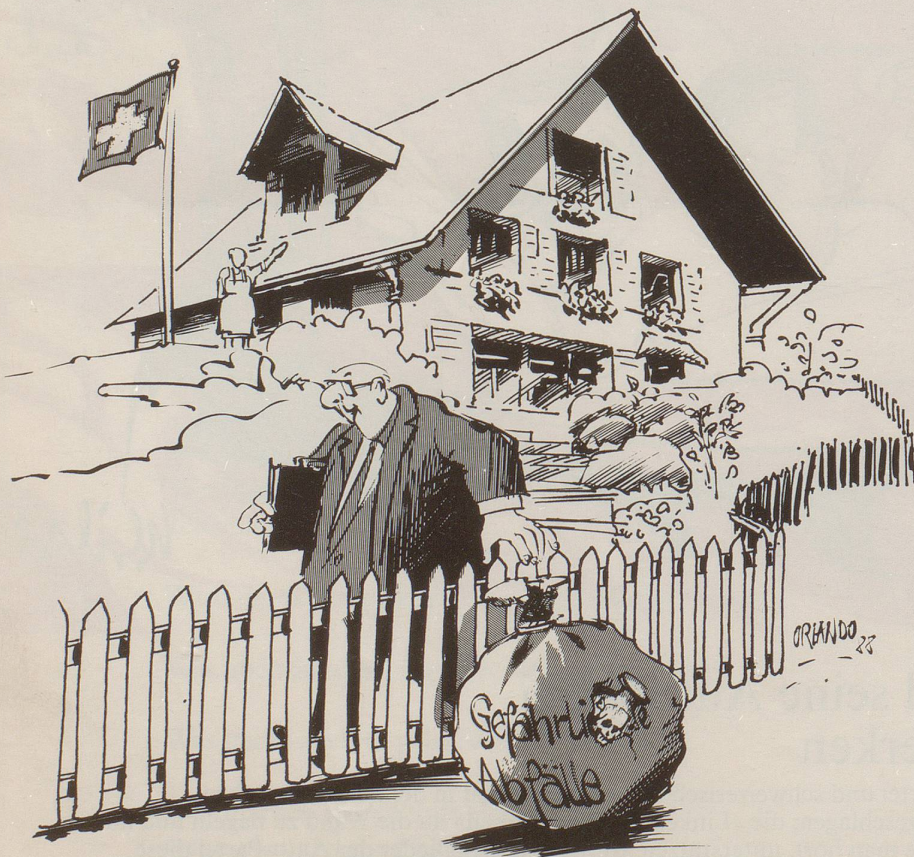
## Kellertheater

H. Anton Keller, selbsternannter Parlamentarierberater und Lobbyist, ist zurzeit wieder aktiv. Gegen das Internationale Privatrecht (IPR), das im Bundeshaus recht schlank über die Hürde kam, schürt Keller jetzt im ganzen Land die Opposition. Weil ihm zu mühsam ist, 50 000 Referendumsunterschriften auf den Strassen und Plätzen zu sammeln, will Keller ein verloren geglaubtes Volksrecht aufwärmen: Acht Kantone sollen das Referendum ergreifen. Wahrscheinlich wird Keller nicht erfolgreich sein. Doch hat die Aktion auch ihr Gutes: Es wird deutlich, dass das unpraktikable Kantonsreferendum im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung gleich abgeschafft werden kann.

## Weniger Staat

Glücklicherweise gibt es manchmal auch ganz positive Meldungen aus dem Bundeshaus. Es ist nämlich gar nicht so, dass der Staat und die Verwaltung ständig mehr dreinreden wollen. Manchmal zieht sich der Staat sogar selbständig zurück und überlässt das Feld der freien Marktwirtschaft. So zum Beispiel bei der «Verordnung über Hängegleiter und bestimmte andere Luftfahrzeuge» vom 14. März 1988. Erfriischend kurz ist das Regelwerk, nur 15 Seiten umfasst es. Ausdrücklich nicht Gegenstand behördlicher Einflussnahme ist die Lufttüchtigkeit der Hängegleiter. Artikel 2 Abs. 2 hält unwiderruflich fest: Die Lufttüchtigkeit wird nicht amtlich geprüft. Lisette fürchtet trotzdem, dass eventuell diese Lufttüchtigkeit doch noch geprüft werden könnte. Die Verordnung trat nämlich am 1. April in Kraft.

Lisette Chlämmerli



Hauptsache der eigene Grund und Boden bleibt sauber.